

Finanzamt Viersen
Veranlagungsbezirk 003
IdNr. Ehemann 84 062 327 193
IdNr. Ehefrau 74 062 189 130
Steuernummer 102/2094/5867
(Bitte bei Rückfragen angeben)

41751 Viersen
Eindhovener Str. 71
Telefon 02162/955-142094
Telefax 0800 10092675102

04.12.2018

Finanzamt, Postfach 110263, 41726 Viersen
18 2FC9 7190 BC 1002 C727
DV 12.18 0,85 Deutsche Post



*3009*0011378*04*5999*

Herrn Michael Gottschalk
Frau Jasmin Gottschalk
Bernhard-Hüsters-Str. 11
47877 Willich

Bescheid

für 2017 über
Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag,
Kirchensteuer
und über die gesonderten Feststellungen
von Besteuerungsgrundlagen,
die im Zusammenhang mit der
Einkommensteuerfestsetzung
durchzuführen sind

Festsetzung

Art der Festsetzung
Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festsetzung

	Einkommen- steuer €	ev Kirchen- steuer Ehefrau €	rk Kirchen- steuer Ehemann €	Solida- ritäts- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	28.675,00	1.083,02	1.083,01	1.323,68	
Abzug vom Lohn des Ehemanns	-25.641,00	-417,99	-1.645,89	-1.261,26	
Abzug vom Lohn der Ehefrau	-3.403,00	-153,03	-153,08	-187,03	
verbleibende Beträge	-369,00	512,00	-715,96	-124,61	-697,57
Abrechnung in € nach dem Stand vom 27.11.18 abzurechnen sind	-369,00	512,00	-715,96	-124,61	-697,57
bereits gezahlt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
dennach zuwenig gezahlt	0,00	512,00	0,00	0,00	512,00
zuviel gezahlt	369,00	0,00	715,96	124,61	1.209,57
Ausgleich durch Verrechnung	369,00	-512,00	18,39	124,61	
bleiben zuviel gezahlt	0,00	0,00	697,57	0,00	697,57

Über eine etwaige Verrechnung des Restguthabens mit Gegenansprüchen erhalten Sie eine besondere Mitteilung.
Der darüber hinausgehende Betrag wird erstattet auf das Konto mit der IBAN DE79 3205 0000 0002 3154 71 bei Sparkasse Krefeld (BIC: SPKRDE33XXX), sofern er mindestens 1,- € beträgt.

Gesonderte Feststellung nach § 10a Abs. 4 EStG

Über die Altersvorsorgezulage hinausgehende Steuerermäßigung. . € 682,00
Ehemann

Anbieter-Nr. 204000343
Zertifizierungs-Nr. 3964
Vertrags-Nr. 0000034264429
682,00

**** Fortsetzung siehe Seite 2 ****

Konto der Finanzkasse:

Kreditinstitut:
BBk Düsseldorf
IBAN DE72 3000 0000 0030 0015 32 BIC MARKDEF1300

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im
Internet unter www.finanzverwaltung.nrw.de

>>> WinGF <<< *38.756*

036240

Besteuerungsgrundlagen**Berechnung des zu versteuernden Einkommens**

	Ehemann €	Ehefrau €	Insgesamt €
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Bruttoarbeitslohn	114.202	19.080	
ab			
Werbungskosten			
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale für 212 Tage			
Wege mit PKW			
119 Tage x 25 km x 0,30 EUR	892,50		
93 Tage x 22 km x 0,30 EUR	613,80		
zusammen	1.507		
Entfernungspauschale	1.507		
abzüglich Fahrtkostenersatz	675		
insgesamt	-832		
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale (Ehefrau) für 133 Tage			
Wege mit PKW (Ehefrau)			
133 Tage x 28 km x 0,30 EUR	1.117,20		
zusammen	1.118		
Entfernungspauschale	1.118		
insgesamt		-1.118	
Aufwendungen für Arbeitsmittel	-152		
weitere Werbungskosten	-534		
Summe der Werbungskosten	1.518		
Einkünfte	112.684	17.962	
Summe der Einkünfte	112.684	17.962	
Gesamtbetrag der Einkünfte	112.684	17.962	130.646
Sonderausgaben			
ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben			
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen		18.532	
davon 84 %		15.567	
abzüglich Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung		-9.266	
verbleiben		6.301	
Beiträge zur Krankenversicherung		6.301	
- Ehemann	8.687		
- Ehefrau	1.584		
Summe Krankenversicherungsbeiträge	10.271		
ab Kürzungsbetrag nach		10.271	
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a S. 4 EStG		-247	
verbleiben		10.024	
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann	1.486		
- Ehefrau	244		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	1.730		
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		1.730	
ab steuerfreie Arbeitgebererstattung		11.754	
verbleiben		-4.773	
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen		6.981	
ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben			
gezahlte Kirchensteuer	2.426		
ab erstattete Kirchensteuer	0		
Kirchensteuer			
Kinderbetreuungskosten		2.426	
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben		1.125	
Altersvorsorgebeiträge			
dazu Altersvorsorgezulage	1.947		
Summe	154		
davon abziehbar		2.101	
Einkommen		2.100	
ab			
Freibeträge für das am 15.04.2012 geborene Kind			111.713
Freibeträge für das am 7.11.2013 geborene Kind			-7.356
zu versteuerndes Einkommen			-7.356
			97.001
Berechnung der Einkommensteuer			
zu versteuern nach dem Splittingtarif	97.001		
tarifliche Einkommensteuer			23.926
Ermäßigung für Handwerkerleistungen			23.926
verbleiben		13	-13
			23.913
dazu Altersvorsorgezulage			
dazu Kindergeld oder vergleichbare Leistungen			154
festzusetzende Einkommensteuer			4.608
			28.675

Bescheid für 2017 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer und über die gesonderten Feststellungen von Besteuerungsgrundlagen, die im Zusammenhang mit der Einkommensteuerfestsetzung durchzuführen sind vom 04.12.2018
Übertrag:

festzusetzende Einkommensteuer 28.675

Berechnung der Kirchensteuer

zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung	€
von Freibeträgen für 2 Kind(er) i.H.v. 14.712 €	97.001
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter	
Berücksichtigung der Steuerermäßigungen und	
Hinzurechnung der Altersvorsorgezulage ergibt.	24.067
Bemessungsgrundlage	24.067
auf den kirchenangehörigen Ehemann entfallen	12.033
davon 9 v.H. römisch-katholische Kirchensteuer	1.083,01
auf die kirchenangehörige Ehefrau entfallen	12.034
davon 9 v.H. evangelische Kirchensteuer	1.083,02

Berechnung des Solidaritätszuschlags

zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung	€
von Freibeträgen für 2 Kind(er) i.H.v. 14.712 €	97.001
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter	
Berücksichtigung der Steuerermäßigungen und	
Hinzurechnung der Altersvorsorgezulage ergibt.	24.067
Bemessungsgrundlage	24.067
davon 5,5 v.H. Solidaritätszuschlag	1.323,68

Steuerbelastung

Ihre Einkommensteuerbelastung (23.926,00 €) bezogen auf das
zu versteuernde Einkommen (97.001 €) beträgt 24,67 %.

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der
Gesamtbetrag der Einkünfte (130.646 €) um abziehbare Aufwendungen
(z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 33.645 € gemindert.



Erläuterungen

Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z.B. für Kindergeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug von sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich.

Falls Sie beabsichtigen, gegen diesen Einkommensteuerbescheid Einspruch einzulegen oder einen Antrag auf schlichte Änderung zu stellen, sollten Sie die Belege zu Ihrer Steuererklärung, die zu dieser Steuerfestsetzung geführt hat, bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- bzw. Änderungsverfahrens aufbewahren. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO), sollten die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehalts der Nachprüfung aufbewahrt werden. Belege, die für mehrere Jahre von Bedeutung sind (z.B. ärztliche Atteste), sollten entsprechend länger aufbewahrt werden. Aufbewahrungspflichten nach §§ 147, 147a AO oder anderen gesetzlichen Vorschriften (z.B. § 14b UStG, § 50 EStDV) bleiben unberührt.

Für das am 15.04.2012 geborene Kind wurden das Kindergeld oder vergleichbare Leistungen mit 2.304 € (gesetzlicher Anspruch auf Kindergeld) angesetzt.

Für das am 07.11.2013 geborene Kind wurden das Kindergeld oder vergleichbare Leistungen mit 2.304 € (gesetzlicher Anspruch auf Kindergeld) angesetzt.

Kinderbetreuungskosten können im Rahmen der gesetzlichen Höchstbeträge nur mit 2/3 der Aufwendungen, höchstens mit 4.000 € je Kind und Kalenderjahr, berücksichtigt werden.

Für 2 Kind(er) wurde ein Freibetrag für Kinder gem. § 32 Abs. 6 EStG berücksichtigt. Das entsprechende Kindergeld/der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen wurden - auch soweit lediglich ein zivilrechtlicher Ausgleichsanspruch bei der Bemessung der Unterhaltsverpflichtung nach § 1612b BGB besteht - insoweit bei der Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer hinzugegerechnet (§ 31 EStG). Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag und ggf. die Kirchensteuer sowie bei der Überprüfung der Einkommengrenze für die Arbeitnehmer-Sparzulage (§ 51a Abs. 2 EStG) wurde dagegen das Kindergeld/der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen nicht hinzugegerechnet.

Es wurden Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben abgezogen. Knüpfen außersteuerliche Rechtsnormen (z. B. BAföG) an bestimmte definierte Begriffe an (z. B. "Einkünfte", "Summe der Einkünfte" und "Gesamtbetrag der Einkünfte"), sind die entsprechenden Werte für diese Zwecke um die Kinderbetreuungskosten in Höhe von 1.125 € zu mindern.

Fragen zur Festsetzung der evangelischen Kirchensteuer / des evangelischen Kirchgeldes können Sie unter der Telefon-Nr. 0800-0001034 an die Gemeinsame Kirchensteuerstelle beim Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland richten.

In 2017 wurden Kirchensteuern wie folgt gezahlt bzw. erstattet:

Kirchensteuer	EUR
-abschlusszahlung für 2016	55,23
Lohnkirchensteuer	2.369,99
Summe	2.425,22

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG
- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG).

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995
- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG

vorläufig.

Die Festsetzung der Kirchensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG

vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08-, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstößend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein E I N S P R U C H ist daher insoweit N I C H T E R F O R D E R L I C H.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

**** Fortsetzung siehe Seite 5 ****

Bescheid für 2017 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer und über die gesonderten Feststellungen von Besteuerungsgrundlagen, die im Zusammenhang mit der Einkommensteuerfestsetzung durchzuführen sind vom 04.12.2018

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und die Feststellung der Steuerermäßigung nach § 10 a Abs. 4 EStG können mit dem Einspruch angefochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Gegen die Festsetzung der Kirchensteuer ist der Einspruch gegeben. Der Einspruch ist beim Bischöflichen Generalvikariat Aachen, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, bistum.aachen@bistum-aachen.de bzw. bei der Gemeinsamen Kirchensteuerstelle beim Landeskirchenamt, Hans-Böckler-Str. 7, 40476 Düsseldorf, kirchensteuerstelle@ekir.de schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Festsetzung der Kirchensteuer kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die der Berechnung zugrunde gelegte Einkommensteuer unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur gegen die Festsetzung der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über 'Mein ELSTER' (www.elster.de) einzulegen.

weitere Informationen**Öffnungszeiten:****Sprechzeiten allgemein**

Mo - Fr 7:30 bis 12:00 Uhr
Di auch 13:30 bis 15:00 Uhr

Zentrale Annahme-/Infostelle

Mo - Fr 7:30 bis 12:00 Uhr
Di 07:30 bis 16:00 Uhr

Nahverkehrsanbindung:

Linien 067; 074; 085 bis Haltestelle Herz-Jesu-Kirche

